Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 62. Donnerstag den 3. März 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 4. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 23. März d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1405. Verordnung wegen Abänderung der Verordnung, betreffend die Tagegelder, die Fuhrkosten und die Umzugskosten der gesandtschaftlichen und Consulatbeamten, vom 23. April 1879. Vom 7. Februar 1881.

Nr. 1406. Verordnung, betreffend die Suspension des Artikels 10 der Verordnung vom 7. Januar 1880 zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See. Vom 16. Februar 1881.

Nr. 1407. Freundschaftsvertrag zwischen Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen ꝛc. ꝛc., im Namen des Deutschen Reichs, und Ihren Excellenzen den Herren der Taimua, im Namen der Regierung von Samoa. Vom 24. Januar 1879.

Leipzig, den 28. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Herren Stadtverordneten haben wir den von der Leipziger Immobilien-Gesellschaft und Herrn Hermann Gustav Lehmann behufs Parcellirung der durch erstere vom letzteren erkauften Theile des „Lehmann's Garten" benannten Gesammtgrundstückes aufgestellten Bebauungsplan genehmigt und denselben in unserem Bauamt (Tiefbauabtheilung) zu Jedermanns Einsicht vier Wochen lang ausgelegt, was wir in Gemäßheit §. 22 des Regulativs, die neuen städtischen Anbaue ꝛc. betr., hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Leipzig, den 26. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Rft.

Bekanntmachung.

Wegen bevorstehenden Umzuges bleibt die Casse der Stadtwasserkunst am 3. und 4. März d. J. geschlossen. Dieselbe befindet sich nebst den übrigen Expeditionen der Stadtwasserkunst vom 5. März d. J. ab in der 3. Etage des Grundstückes Ostmarkt Nr. 3.

Leipzig, am 28. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Holzauction.

Freitag, den 4. März c., sollen von Vormittags 9 Uhr an im **Burgauer Forstrevviere,** in Abtheil. 25 b, in der sogenannten Leutzscher Gohlis

ca. 250 klein gemachte Stockholzhaufen

unter den im Termine an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Lahlschlage in Abtheil. 25 b an der grünen Linie und dem Leutzscher Pfarrholze.

Leipzig, am 22. Februar 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Holzauction.

Mittwoch, den 9. März 1881

sollen von Vormittags ½10 Uhr an im **Grasdorfer Forstrevier**

11 eichene, 1 ahorner, 3 hölzerne, 2 lindene und 2 birkene **Nutzklöze,**
20 Stück **Schirrhölzer,**
3 Rmtr. eichene **Nutzscheite,**
18 Rmtr. eichene, 4 Rmtr. ahorne und 3 Rmtr. lindene **Brennscheite,** sowie
50—60 Stück **Wurzelhaufen**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Schlage im sogenannten Stadtp.

Leipzig, am 1. März 1881.

Des Raths Forstdeputation.

Nicolaigymnasium.

An alle für Sexta und Quinta angemeldeten Knaben ergeht hierdurch die Aufforderung, sich **Freitag, d. 4. März 2 Uhr zur Aufnahmeprüfung einzufinden.** Außer den erforderlichen Schreibmaterialien ist zu derselben die letzte Schulcensur mitzubringen.

Leipzig, den 28. Februar 1881. Dr. Th. Vogel.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Beginn des 51. Schuljahres am 25. April d. J. Die Reifezeugnisse der Anstalt berechtigen zum einjährig-freiwilligen Dienste. In der höheren Abtheilung (Fähriger Durne) beträgt das Schulgeld für Angehörige des Deutschen Reiches 240 ℳ für die 3., 300 ℳ für die 2., 360 ℳ für die 1. Classe.

Für junge Leute, welche sich den Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Dienste erworben haben, ist ein fachwissenschaftlicher Cursus von Jahresdauer bei 30 Lehrstunden in der Woche eingerichtet, für welchen das Schulgeld 240 ℳ beträgt.

Anmeldungen richte man gefälligst an den Unterzeichneten.

Leipzig, im Februar 1881.

Carl Wolfrum, Director.

Höhere Schule für Mädchen.

Die Prüfung der für die Classen IX—I angemeldeten Mädchen findet Sonnabend den 12. März morgens 9 Uhr statt.

Außer Papier und Feder sind die Wischerlitzsymnisse mitzubringen.

Dr. W. Röthe.

Bekanntmachung.

Die Stelle des 4. Schutzmanns ist sofort neu zu besetzen. Dieselbe ist mit 750 Mark Gehalt und 60 Mark Bekleidungsgeld verbunden.

Selbstverfaßte Bewerbungsgesuche sind bis zum 8. März c. c. im Gemeindeamt einzureichen.

Stötteritz, den 1. März 1881. Der Gemeinde-Vorstand.
Oertel.

Fuhrenverdingung.

Die Anfuhre der Steinkohlen für die Cavernen in Leipzig und Möckern, sowie für das städtische Baracken-Lazareth und das Garnison-Lazareth bei Gohlis soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Reflectanten haben die Forderungen pro 100 Ctr. schriftlich und versiegelt mit der Aufschrift: „Submission auf Steinkohlenfuhren betreffend" **bis zum 4. März c. Vormittags 11 Uhr** im Bureau der unterzeichneten Verwaltung — Schloß Pleißenburg Thurmhaus Nr. 15 — abzugeben, vorher aber sind die daselbst ausliegenden Bedingungen einzusehen und zu unterschreiben.

Leipzig, am 25. Februar 1881.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Submission.

Die Lieferung des Bedarfes an Salz für die hiesige Königl. Militair-Bäckerei auf die Zeit **vom 1. April 1881 bis mit 31. März 1882** in Höhe von **150 Centner** soll im Wege der öffentlichen Submission **vergeben** werden.

Bewerber wollen ihre Offerten bis

Donnerstag, den 10. März d. J., Vormittags 10

im Bureau des **Proviant-Amtes — Schloß Pleißenburg,** —armhaus 1 Treppe — **versiegelt** und mit der Aufschrift: **„Offerte auf Salzlieferung für die Militair-Bäckerei"** versehen, portofrei einsenden.

Die näheren Bedingungen liegen im genannten Bureau zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, am 26. Februar 1881.

Königliches Proviant-Amt.

Bekanntmachung.

In dem Grundstücke Nr. 13 an der Kleinen Windmühlengasse hier sollen

Sonnabend, den 5. März 1881, 9½ Uhr Vorm.

28 St. neue Seidenhüte, 20 St. Mosanthüte, 28 St. feine Filzhüte, 28 St. Kinderhüte, Studentenhüte, cn. 130 St. alte Hüte, Hutschachteln, Filzunterlagen, 1 Zurichteinsatz, 5 Sattel, 7b St. Hutformen, 5 Bügeleisen ꝛc. an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 28. Februar 1881.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts daselbst.
Fischer.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 3. März.

Im Reichstage hat sich eine interessante Streitfrage in Bezug auf die Handhabung der Geschäftsordnung erhoben. Der neuerdings von dem Präsidenten desselben aufgestellte Grundsatz, wonach die zweite Berathung des Etats sich immer lediglich an die specielle, gerade vorliegende Position zu halten und jede Abschweifung in eine Besprechung allgemeiner politischer Fragen zu vermeiden habe, ist auf der linken Seite des Hauses lebhaftem Widerspruche begegnet und kann sicherlich bei strenger Durchführung nicht gebilligt werden. Die erste Berathung des Etats faßt in der Regel die gesammte politische Lage ins Auge, so haben wir jetzt im Reichstage in großen Zügen das neue Wirthschaftssystem, den Gesammtcharakter der herrschenden Politik, die Stellung der Parteien u. dgl., was mit dem Etat eigentlich in gar keiner oder nur sehr loser Beziehung steht, verhandeln hören. Die zweite Etatsberathung soll freilich einen strenger sachlichen Charakter haben; aber immerhin ist es ihre Aufgabe, die in den einzelnen Verwaltungszweigen herrschenden Grundsätze zu beleuchten und zu kritisiren, ohne daß dabei immer eine ganz genaue Beschränkung auf eine einzelne Position möglich wäre. Die Etatsberathung hat den Zweck einer Prüfung der gesammten Verwaltung, und eine allzu strenge Beschränkung auf eine jede Einzelheit würde den Werth der Budgetberathung empfindlich beeinträchtigen. Wir geben zu, daß die im preußischen Abgeordnetenhause zur Geltung gekommene Praxis, welche lange Wochen hindurch an jede Position des Etats große Auseinandersetzungen über die Wirthschaftspolitik oder den Culturkampf anknüpft, einen für die Erledigung anderweiter Aufgaben zu weit gehenden Spielraum angenommen hat; zwischen dieser Praxis, die wohl eine Einschränkung ertragen könnte, und derjenigen, die Herr v. Goßler im Reichstag einzuhalten gedenkt, liegt das Richtige und Angemessene, welches den Zweck einer gründlichen Budgetberathung sichert, ohne doch derselben einen ungehörig breiten Raum zu gestatten, offenbar in der Mitte. Die bisherige Praxis hat sich schon wesentlich von der im Abgeordnetenhause üblichen unterschieden, und wir können nicht finden, daß sie Anlaß gegeben hat, in dieser Beziehung Aenderungen eintreten zu lassen.

Bei der Berathung des Zolltarifs galt es als tadelnswerthes Oppositionsmanöver, wenn darauf hingewiesen wurde, daß die Zölle auf Lebensmittel nothwendig eine Steigerung des Militairetats durch Vertheuerung der Naturalverpflegung hervorrufen müßten. Jetzt hingegen erkennt die Regierung selber diese unumstößliche Thatsache an, wie die Specialziffern des Etats und die Erläuterungen durch den Schatzsecretair Scholz genugsam beweisen. Es wäre deshalb vergeblich, auf Ersparnisse in der Heeresverwaltung zu rechnen, so lange die Präsenzziffer auf der ihr gegebenen Höhe bleibt. Eine Anpassung der Verwaltung an die erschwerten Unterhaltungsbedingungen könnte aber auf die leichteste Weise in der Art geschehen, daß die Rekruten um einige Wochen später, als Dies jetzt der Fall ist, einberufen werden und dadurch die Verpflegungsziffer sich ermäßigt, ohne der Ausbildung und Leistungsfähigkeit der Truppen Eintrag zu thun. In der ersten Sitzung der Budgetcommission kamen die Verhältnisse resp. die Mittel zur Abhülfe in längerer Debatte zur Sprache. Von liberaler Seite wurde dem Kriegsminister empfohlen, die jungen Mannschaften nicht, wie bisher schon üblich war, einen Monat nach der officiellen Einberufungsfrist zu stellen, sondern die Frist um weitere vier Wochen zu verlängern. Herr v. Kameke sprach sich leider mit Entschiedenheit gegen diesen Vorschlag aus. Die Angelegenheit wird jedenfalls noch im Plenum des Reichstags zur Verhandlung gelangen.

Die in Berlin hervorgetretene Ministerkrisis beschäftigt alle politischen Kreise; zu bedauern bleibt aber, daß so wenig Zuverlässiges über den Verlauf derselben verlautet. Jeder Tag fast bringt neue, sich nur gar zu oft widersprechende Gerüchte. Jetzt soll „feststehen", daß Herr von Puttkamer auf seinem Posten verbleibt, also nicht zum Nachfolger des Grafen Eulenburg bestimmt ist. Inwiefern der Beschluß, Herrn von Puttkamer auch ferner mit der Leitung des Cultusministeriums zu betrauen, mit den schwebenden Verhandlungen mit der Curie und der Aussicht auf einen praktischen Erfolg derselben in Zusammenhang steht, ist bei den noch sehr geheimnißvollen Andeutungen, welche über diese Verhandlungen da und dort auftauchen, augenblicklich noch nicht ersichtlich. Die Angabe, daß Herr von Schelling zum Leiter des Cultusministeriums ausersehen gewesen, wird jetzt nur für einen von hochkirchlich-reactionairer Seite ausgehenden Fühler erklärt; sie ist aber bezeichnend für die hochgestiegenen Hoffnungen, denen man sich in jenen Kreisen bereits glaubt hingeben zu können. Hinsichtlich der Leitung des Ministeriums des Innern steht noch immer die Angabe im Vordergrund, daß Minister Bitter, sei es provisorisch, sei es dauernd, für dies Amt in Aussicht genommen sei und daß für den letzten Fall eine engere Verbindung zwischen der Leitung der Finanzverwaltung im Reich und in Preußen im Plane liege.

Die Taktik der Fortschrittspartei muß für die gemäßigten Parteien eine Mahnung zur Vorsicht und Wachsamkeit sein. In den Versammlungen fortschrittlicher Wahlvereine und Vertrauensmänner, welche jetzt Tag für Tag an den verschiedensten Orten stattfinden, wird übereinstimmend der Grundsatz aufgestellt, sich auf Wahlbündnisse mit weiter nach rechts stehenden liberalen Richtungen nicht einzulassen, sondern beim ersten Wahlgang allenthalben, wo nur die geringste Aussicht auf Erfolg ist, fortschrittliche Candidaten aufzustellen und höchstens in einer engeren Wahl andere liberale Parteien zu unterstützen: mit welchem Eifer, ist genugsam bekannt. Es scheint auch nicht, daß die Secessionisten seitens der Fortschrittspartei wesentlich freundlicher behandelt werden sollen als die Nationalliberalen. Fortschrittliche Candidaturen gegen bisherige secessionistische Mandatsinhaber sind schon jetzt an mehr als einem Orte zu verzeichnen. Im Uebrigen muß immer und immer wieder auf die ganz außergewöhnlich ruhigen, energischen und zuversichtlichen Berathungen und Zurüstungen aufmerksam gemacht werden, mit denen die Fortschrittspartei schon jetzt die Wahlagitation in die Hand genommen hat.

Wie bereits gestern gemeldet, hat der Kaiser dem französischen Botschafter in Berlin, Grafen St. Vallier, den Schwarzen Adlerorden verliehen. Es ist insofern eine besondere Auszeichnung, als die Botschafter diesen hohen Orden gewöhnlich erst bei einer Abberufung erhalten. In der Decoration darf man wohl nicht allein eine persönliche Auszeichnung des Botschafters sehen, sondern auch einen Hinweis auf die Beziehungen zu seiner Regierung. Graf St. Vallier trug den Orden vom Schwarzen Adler bereits bei den letzten Festen und wurde noch besonders von Sr. Majestät dem Kaiser mit sehr freundlichen Worten begrüßt.

Daß Herr v. Patow, der noch als ehemaliger Minister beim Fackeltanze im kaiserlichen Schlosse mitgewirkt hat, binnen Kurzem wegen vorgerückten Alters (er wird am 10. Septbr. 77 Jahre alt) das seit 1873 von ihm verwaltete Oberpräsidium der Provinz Sachsen niederlegen wird, ist beschlossene Sache. Anfänglich war Herr v. Ende, der jetzige Oberpräsident von Hessen-Nassau, als Nachfolger genannt, aber es scheint fast, als ob Dessen Berufung in der Provinz selbst auf Widerspruch gestoßen sei. Die Conservativen sollen sich um die Ernennung eines ihrer Parteigenossen, des Landraths a. D. v. Wedell-Piesdorf, eifrig bemühen. Herr v. Wedell, ein vierundvierzigjähriger Mann, vertritt im Abgeordnetenhause den Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga und machte sich neulich besonders bekannt dadurch, daß er offen erklärte, die Selbstverwaltung könne ihm gestohlen werden, obgleich er selbst stellvertretendes Mitglied des Provinzialraths ist.

Ein Rechenschaftsbericht der Reichsregierung über die Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes" über Altona und Hamburg, welcher dem Reichstage zugegangen ist, charakterisirt die an diesen Orten hervorgetretene Bewegung in einigen treffenden Worten. Die socialdemokratische Agitation hat hier einen besonders günstigen Boden gefunden. Unter einflußreichen und geschickten Führern erstarkt, dehnte die dortige socialdemokratische Partei ihre Thätigkeit bald auf die angrenzenden Bezirke, insbesondere der Provinz Schleswig-Holstein, aus und gewann auch dort durch unausgesetzt und in systematischer Weise betriebene Agitationen eine weite Verzweigung und zahlreiche Anhänger ihrer auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen. Hamburg und Altona waren, nachdem die Leitung der Parteiangelegenheiten dorthin verlegt war, einer der hauptsächlichsten Mittelpuncte der social-demokratischen Bewegung in Deutschland und gewissermaßen der Vorort derselben geworden. Gegen über den gefährlichen Bestrebungen der in so großer Anzahl vorhandenen Anhänger und Führer der Socialdemokratie haben sich in Hamburg und Altona die allgemeinen Mittel, welche das Gesetz vom 21. October 1878 für die Bekämpfung der Bewegung darbietet, mehr und mehr als unzureichend erwiesen. Ungeachtet aller Aufmerksamkeit der Behörden bestand eine Organisation, mittelst deren die Parteigenossen von den Führern fest zusammengehalten und geleitet wurden, um im geeigneten Momente auf gegebene Weisung für die Ziele der Partei in geschlossenen Massen einzutreten. Die Verbreitung verbotener Zeitschriften, namentlich der Londoner „Freiheit" und des Züricher „Socialdemokrat" ꝛc., wurde heimlich betrieben und selbst in die Casernen von Altona ist die Einführung aufrührerischer Flugschriften versucht worden. Die Wirksamkeit der Parteiorganisation ist bei den Reichstagswahlen, namentlich bei der im zweiten Hamburger Wahlkreis stattgehabten Wahl am 27. April v. J., auch äußerlich erkennbar hervorgetreten.

Auch auf Berlin wird in dieser Denkschrift Bezug genommen. Die Rückwirkung dieser allgemeinen Entwickelung der Bewegung auf die hauptsächlichen Agitationscentren war besonders in Berlin wahrnehmbar geworden, wo die Thätigkeit der Socialdemokratie durch die seitherige Anwendung der schärferen Mittel des Gesetzes zwar in gewissen Schranken gehalten ward, dessen ungeachtet aber die in dem vorjährigen Rechenschaftsbericht geschilderte feste Organisation fortbestand. Die heimliche Verbreitung verbotener Druckschriften hatte in Berlin erheblich zugenommen. In wie beträchtlichem Umfange die extreme Richtung innerhalb der Berliner Socialdemokratie vertreten ist, haben die aus Anlaß der Wiedener Zusammenkunft zwischen dem „Socialdemokrat" und der „Freiheit" stattgehabten Auseinandersetzungen ergeben. Hauptsächlich in Berücksichtigung dieser Stimmung und um dem Abfall weiterer Parteikreise in Berlin vorzubeugen, haben die Beschlüsse jener Zusammenkunft einen über die bisher beobachtete Haltung hinaus drängenden revolutionairen Charakter erhalten.

Graf Harry Arnim hat es endlich durchgesetzt, daß ihm auf ein halbes Jahr sicheres Geleit bewilligt wird. Der vor beinahe fünf Jahren erlassene und seitdem noch einmal erneuerte Steckbrief ist demgemäß außer Kraft gesetzt bis zum 21. August d. J. Der Steckbrief hatte nur die Verhaftung behufs Verbüßung der neunmonatlichen Gefängnißstrafe zum Gegenstande, die längst rechtskräftig geworden war. Von der fünfjährigen Zuchthausstrafe wegen Landesverraths war darin keine Rede. Gerade diesen zweiten Proceß, in welchem gegen den Grafen Arnim in contumaciam verfahren war, will er wieder aufgenommen wissen und hat deshalb das freie Geleit nachgesucht. Daß er im Frühsommer ein deutsches Bad besuchen müßte, wie die Blätter behaupten, ist unbegründet; das specifische Bad für seine Krankheit bleibt Karlsbad, und Karlsbad kann er von seinem gewöhnlichen Aufenthaltsorte in Italien oder der Schweiz erreichen, ohne das Deutsche Reich berühren zu müssen.

Die deutsche Colonie von Paris hat zu Ehren der Vermählung des Prinzen Wilhelm von Preußen ein wahrhaft erhebendes, sehr zahlreich besuchtes Fest gefeiert, dem u. A. auch Botschaftsrath Baron Thielmann, Oberst Bülow nebst Gemahlin, Fürst Ratibor und andere Notabilitäten beiwohnten. In Abwesenheit des Botschafters, des Fürsten Hohenlohe, brachte Baron Thielmann den folgenden Toast auf den Kaiser aus:

Meine Herren! Keinem Herrscher von Preußen war es bisher vergönnt, sein Greisenalter von blühenden Enkelkindern umgeben und das künftige Geschlecht unter Leitung seiner starken Hand heranwachsen zu sehen. Heute tritt unter dem Auge unseres erhabenen Herrschers sein Enkel vor den Altar, um die erwählte Braut heimzuführen. Wohl allen von Ihnen, meine Herren, ist noch der Tag in der Erinnerung, an welchem der erlauchte Vater des Prinzen Wilhelm an der Seite seiner Braut Victoria seinen Einzug hielt. Damals war Preußen noch auf der Bahn zum Rahme; harte Schicksalsschläge hatten es heimgesucht, und unseren erhabenen Herrscher war es vergönnt, durch schwere Mühen und Sorgen sein Reich zum Glanze emporzuführen. Als Prinz Wilhelm an Knabe war, kämpfte unser allergnädigster Herr in blutigen Schlachten und errang den Sieg; jetzt, wo Prinz Wilhelm ein Mann geworden, erzielt unser Herrscherhaus die Früchte seines ruhmreichen Strebens. Wie Prinz Wilhelm wuchs, so wuchs von Jahr zu Jahr das Land, das unser erhabener Herrscher zum Reiche gemacht hat. Ihm, dem Kaiser, gebührt der Dank des Landes, und wo ein deutsches Herz in der Heimath oder in der Fremde heute dem hohen Brautpaare Glück und Segen wünscht, da richtet sich der Blick zuerst auf die Heldengestalt des Kaisers Wilhelm, das leuchtende Vorbild seines Enkels. Meine Herren! Se. Majestät der Kaiser und König, unser allergnädigster Herr, lebe hoch und abermals hoch!

Diese schwungvollen Worte wurden mit wahrhaft stürmischem Jubel begrüßt. — Aus Paris wurde bereits der Eintritt eines Communarden (Roques de Filhol) in die Deputirtenkammer gemeldet. Saint Denis hat sich dieses Verdienst um das französische Volk erworben. Roques war Maire von Puteaux während der Commune und wurde wegen Theilnahme an letzterer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt. Der geschlagene Gegencandidat Teschanel ist ein entschiedener Gambettist. Der Sieg wird von den Radicalen lärmend gegen Gambetta ausgebeutet.

Die Verbindung, welche Parnell in Paris mit Rochefort eingegangen, hat im katholischen Irland, zum Leidwesen des Agitators peinliches Aufsehen gemacht. Parnell wiegelt daher ab. So erklärte er einem legitimistischen Journalisten in Paris: „Ich suchte Rochefort nicht auf, er suchte uns auf. Der einzige französische Politiker, an den wir uns wandten, war Victor Hugo. Dieser Vorzug gebührt ihm wegen seines Alters, seiner großen Popularität und des Edelmuthes, mit dem er sich stets der enterbten Völker angenommen. Girardin baten wir zwei Mal um eine Unterredung. Er antwortete nie. Der Bannfluch des Dubliner Erzbischofs schadet uns nicht. Seit 1672 waren die Dubliner Erzbischöfe stets gegen Irlands Sache. Das ist ihre Tradition, England wählt sie mit großer Vorsicht und sie theilen die Vorurtheile des angliканischen Klerus. Alle andern irländischen Bischöfe stehen zu uns, selbst der Klerus der Dubliner Diöcese". Der Journalist bemerkte, warum Parnell noch nicht den Cardinal Guibert und Herrn v. Lesseps besucht hätte, die warmes Interesse für Irland besäßen. Parnell versprach, Beide zu besuchen. Dieses Doppelspiel beginnt Parnell um sein Ansehen bei seinen Landsleuten zu bringen; vielleicht ist die Zeit nicht fern, in welcher dieser Agitator als ernsthafter Politiker nicht mehr angesehen wird.

Die irische Zwangsbill ist auch vom englischen Oberhause (in erster Lesung) genehmigt worden. Die Regierung verspricht sich von der Anwendung derselben außerordentliche Wirkungen. „Wir können nicht länger zögern", so schloß Forster am 24. Januar die große Rede, mit welcher er die Bill begründete, „wir können nicht länger zögern, Leben und Eigenthum in Irland zu schützen, denn Das ist unsere erste Pflicht. Wir dürfen das Verbrechen nicht belohnen, mit Verbrechern nicht unterhandeln. . . Ich denke, wir sind Alle der Prophezeiungen über Irlands Zukunft müde, aber ich hoffe auch jetzt noch, daß dieses Parlament, wenn es fest entschlossen ist, seine Pflicht zu thun, schließlich Erfolg haben und den verdienten Lohn ernten wird, indem es Irland zu einem gedeihenden, zufriedenen und ruhigen Lande aufblühen sieht." Donnernde Cheers begleiteten diese Worte; aber es erscheint doch zweifelhaft, ob jetzt noch dem Uebel auf diese Weise zu steuern ist. Ein Land, wo im Laufe eines einzigen Jahres dreitausendsieben agrarische Verbrechen vorgefallen sind, wo hundertdreiundfünfzig Gutsbesitzer und Beamte Tag und Nacht durch je zwei Polizisten bewacht werden müssen, damit sie nicht dem Meuchelmorde zum Opfer fallen, wo außerdem Tausende von loyalen Bürgern den besonderen Schutz der Behörden genießen, um ihren Geschäften nachgehen zu können — ein solches Land fordert wohl Ausnahmemaßregeln, aber es ist offenbar zu tief unterwühlt, als daß die Strenge allein es beruhigen könnte. Mit Hülfe dieser Bill wird man Irland knebeln und niederhalten; aber um es zu versöhnen, um es auf die Höhe englischer Cultur, um es auf den Standpunct englischer Wohlhabenheit zu erheben, dazu wird es weiser und durchgreifender, von Gerechtigkeit und Milde dictirter Reformen bedürfen. Ob sie ein Gladstone dem unglücklichen Lande geben wird? — wir zweifeln daran.

Die Einzelheiten, welche über die Schlacht am Spitzkop-Hügel vorliegen, sind ein Beweis für die ganze Schwere des Kampfes zwischen den Engländern und den Boers. Sechs Stunden waren die britischen Truppen in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag marschirt. Auf der Spitze des Hügels angelangt, hatten sie das Lager der Boers unter sich. Die Boers schienen zuerst flüchten zu wollen; das Feuer war von sieben Uhr Morgens bis zwölf Uhr Mittags unbedeutend; nur Wenige trugen einige leichte Verwundungen davon, da die Soldaten gut gedeckt standen. Allein um 1 Uhr änderte sich Alles. Die Boers stürmten derartig gewaltig und gleich-